

Steffen Flechsig, Karl-Christian Göthner, Walter Reuter
KRISENPROZESSE IN LATEINAMERIKA UND EINE
DEMOKRATISCHE ALTERNATIVE¹

An der Wende von den 70er zu den 80er Jahren wurde Lateinamerika von tiefen Krisen und Umbruchsprozessen erfaßt. Der Beginn einer bis heute andauernden Wirtschaftskrise in den Jahren 1981/82, der offene Ausbruch der Krise der Auslandsverschuldung 1982, die sich beschleunigenden inflationären Prozesse, die zunehmende Verelendung der übergroßen Bevölkerungsmehrheit, die sich verschlimmernden ökologischen Schäden in verschiedenen Regionen des Kontinents legen davon Zeugnis ab.

Angesichts dieser Situation sehen viele Lateinamerikaner besorgt in die Zukunft. Verantwortungsbewußte Wissenschaftler, Politiker und Geschäftsleute suchen nach "einem Weg des Übergangs zu Frieden, Souveränität, Entwicklung, Beschäftigung und Gleichheit".² Die Antworten fallen je nach Art und Weise der Betroffenheit sowie politischem Standort unterschiedlich aus. Im vorliegenden Beitrag soll versucht werden,

1. die aktuelle Situation thesenhaft zu analysieren;
2. die bisher unterbreiteten Alternativvorstellungen auf ihren Gehalt zu überprüfen und
3. einen eigenen Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen Reformalternative zu leisten.

Es liegt auf der Hand, daß für die Behandlung der Problematik eine allein auf Lateinamerika bezogene Sichtweise nicht ausreicht, sondern ein ganzheitliches Herangehen erforderlich ist. Die Überwindung der Probleme Lateinamerikas wird nur dann dauerhaft möglich sein, wenn sie in eine generelle Gesundung der internationalen Lage eingebettet ist.³

Die Krisenprozesse in Lateinamerika sind nicht einfach das Ergebnis einer falschen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Sie sind vielmehr Bestandteil der allgemeinen Krisen- und Umbruchssituation in der kapitalistischen Welt. Es handelt sich um eng miteinander verflochtene, zyklische und strukturelle, ökonomische, soziale und politische Krisenprozesse, in denen in einer für Lateinamerika spezifischen Form die Anpassungsvorgänge zum Ausdruck kommen, mit denen der Kapitalismus auf die neuen Anforderungen zu reagieren versucht, die sich aus der Produktivkraftentwicklung, aber auch den veränderten inneren und internationalen politischen Bedingungen ergeben. In ihnen drücken sich die globalen Fragen der Menschheit aus, wie sie am Ausgang des 20. Jahrhunderts stehen. Der spezifische Zuschnitt ergibt sich sowohl aus der abhängigen Stellung Lateinamerikas im kapitalistischen Weltsystem als auch aus dem besonderen Entwicklungsweg des Kapitalismus in Lateinamerika. Dabei geht es u.E. vor allem um folgende qualitativ neue Momente und Prozesse:

Erstens geriet die Stellung Lateinamerikas in der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung mit der massenweisen Anwendung von Ergebnissen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Herausbildung eines neuen, ressourcensparenden intensiven Reproduktionstyps in die Krise. Trotz beschleunigter kapitalistischer Entwicklung Lateinamerikas nach dem Zweiten Weltkrieg blieb das grundlegende Austauschverhältnis mit den entwickelten Industrieländern, von wenigen Ausnahmen abgesehen (vor allem Brasilien), bestehen. Hauptexportartikel sind nach wie vor Bergbau- und Agrarprodukte (1985: 76,1 % der Einnahmen).⁴ Der neue Reproduktionstyp stellt die bisherigen arbeitsteiligen Beziehungen und Austauschverhältnisse in der Weltwirtschaft generell in Frage. Die unter Führung der transnationalen Gesellschaften und der westlichen Hauptländer vor sich gehenden schmerzhaften Umstrukturierungs- und Anpassungsprozesse verstärken die Kluft und die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen den kapitalistischen Zentren und den Ländern der Region, aber auch zwischen den lateinamerikanischen Ländern. Einige wenige Länder (vor allem Brasilien und Mexiko) können ihr Potential erneuern und ausbauen, während die meisten lateinamerikanischen Länder mehr und mehr an den Rand gedrängt werden und einige nur noch als Drogen- und Schmuggelzentren eine Rolle spielen.

Zweitens haben sich die Währungs- und Finanzbeziehungen zu Kristallisationspunkten entwickelt, in denen die Krise des Regulierungsmechanismus am deutlichsten zum Ausdruck kommt. Die Krise der Zahlungsbilanz, die Krise des Staatshaushaltes,⁵ die sich beschleunigenden inflationären Prozesse,⁶ die oftmals übersehene innere Verschuldung des Staates bringt die sich vertiefenden Widersprüche kapitalistischer Reproduktion in Lateinamerika zum Ausdruck.

Im Zentrum der Finanzkrisen steht die Schuldenkrise. "Das Problem der Auslandsschuld hat sich", so heißt es in der "Deklaration von Uruguay", "infolge des massiven Nettoressourcentransfers in die Industrienationen, in das größte Hindernis für die Entwicklung der Region verwandelt."⁷ Ohne deren politische Lösung, die anders als bisherige IWF-Rezepte auch den Interessen der lateinamerikanischen Völker gerecht wird, können alle anderen Fragen einer alternativen Entwicklung Lateinamerikas nicht ausreichend beantwortet werden.

Drittens wurden die Länder des Kontinents in wachsendem Maße in das Wettrüsten einbezogen, was die Krisensituation verschärfte. Die Rüstungsausgaben Lateinamerikas stiegen 1976 - 85 um 36,3 % von 11,3 auf 15,4 Mrd. US-Dollar (Preise von 1980).⁸ Armee-, Polizei- und Sicherheitskräfte sollen unter dem Druck der USA, wie im Dokument Santa Fé II ausgeführt, forciert zu wesentlichen Garanten der herrschenden Ordnung in Lateinamerika ausgebaut werden.⁹ Vor allem hat sich die Schuldenspirale, vermittelt über die Hochzinspolitik der USA, zu einem wesentlichen Finanzierungsinstrument der Hochrüstung in den USA entwickelt.

Viertens wurde die Umweltproblematik zu einer Grundfrage des Überlebens auch in Lateinamerika. Hemmungslose Ausplünderung der Naturreichtümer durch das internationale und einheimische Kapital, die Verlagerung besonders umweltschädigender Industrieprozesse nach Lateinamerika, die Unwissenheit und Armut der Bevölkerung und die Gleichgültigkeit der Regierenden haben in vielen Ländern zu

ernsthaften Störungen im Verhältnis zwischen Mensch und Natur geführt und zahlreiche lokale Umweltkatastrophen ausgelöst. Die Abholzung des Amazonas-Urwaldes zeigt, daß die ökologischen Probleme inzwischen globale Auswirkungen anzunehmen drohen.

Fünftens beeinträchtigen die ausbleibende grundlegende Lösung der Agrarfrage bzw. die qualvolle Umwandlung der Landwirtschaft auf einem konservativen Weg die innere Expansionskraft des Kapitalismus in Lateinamerika. Die zunehmende Unterordnung der Landwirtschaft unter die Verwertungsbedürfnisse des transnationalen Kapitals und einseitig exportorientierte Entwicklungsstrategien haben zu einer Verschärfung der Ernährungsfrage und der sozialen Widersprüche geführt.

Sechstens vollziehen sich tiefe Wandlungen, einschließlich Desintegrationsprozesse, in der Klassen- und Sozialstruktur. So kam es zum Rückgang des Beschäftigtenanteils in der verarbeitenden Industrie und in Großbetrieben. Bisherige Kerngruppen des Proletariats, wie z.B. die bolivianischen Zinnbergarbeiter, wurden drastisch reduziert. Die Differenzierung zwischen nicht oder wenig qualifizierten Arbeitskräften auf der einen und hoch qualifizierten Arbeitskräften auf der anderen Seite nimmt zu. Mit der Zunahme von Saison-, Wander- und Kontraktarbeit in Landwirtschaft und Industrie wurden die Ausbeutungsprozesse verschärft.

Ökonomische Krisen und hohes Bevölkerungswachstums haben zu hoher Dauerarbeitslosigkeit und einer Ausdehnung der Randgruppen des Proletariats geführt. Ein wachsender Teil der Arbeitskräfte wird in den sogenannten informellen Sektor abgedrängt. Der städtische informelle Sektor wird auf 30 % der ökonomisch aktiven Bevölkerung geschätzt,¹⁰ in einigen Ländern (Peru, Bolivien) liegt er weit darüber. Von besonderer Bedeutung ist in einigen Ländern die Zunahme der Kokainwirtschaft. In Bolivien entspricht der Umfang der Drogenproduktion mehr als 50 % des "offiziellen" BIP.¹¹ Insbesondere die Drogenproduktion und -handel beherrschenden Kräfte stellen einen ökonomisch und politisch an Bedeutung gewinnenden Machtfaktor dar. Trotz Krise ist die einheimische Bourgeoisie erstarkt und haben sich im Ergebnis beschleunigter Konzentrationsprozesse, vor allem in Brasilien, Argentinien, Mexiko, Kolumbien und Chile, bedeutende einheimische ökonomische Gruppen herausgebildet. Sie formulieren, obwohl sehr oft mit dem internationalen Finanzkapital verbunden, in wachsendem Maße eigene Interessen, die sie auch stärker umzusetzen beabsichtigen. Das Gesicht der Landwirtschaft wird mehr und mehr von modernen kapitalistischen Agrarproduzenten geprägt,¹² ohne daß die halbfeudalen Relikte in den besonders rückständigen Landesteilen beseitigt wurden.

Siebtens haben die Krisenprozesse die ungleiche Einkommensverteilung und die Polarisierung von Arm und Reich vertieft. Tiefgreifende Verelendungsprozesse haben auch die Mittelschichten in größerem Umfang erfaßt. Rund die Hälfte der Erwerbstätigen lebt von einem Mindestlohn, die Anzahl der in absoluter Armut lebenden Personen stieg 1980/83 von 130 auf 150 Millionen und wird für das Jahr 2000 auf 200 Millionen geschätzt.¹³ Wachsende Kriminalität, Prostitution, Drogenmißbrauch, erneut anwachsendes Analphabetentum, Verschlechterung der gesundheitlichen Betreuung und viele andere schwerwiegende Probleme sind die Folge. Es wächst die Gefahr spontaner sozialer Eruptionen.

Die veränderten Bedingungen stellen neue Anforderungen an das politische Herrschaftssystem. So bleiben zwar traditionelle Mittel wie paramilitärische Formationen, politischer Personalismus und Vetternwirtschaft, Korruption und physische Gewalt unverzichtbare Bestandteile der politischen Machtausübung. Die sich verändernde Klassen- und Sozialstruktur, ihre neue Dimensionen annehmende ausgeprägte Heterogenität und die sich wandelnden spezifischen Interessen der sozialen Klassen, Gruppen und Schichten erfordern jedoch gleichzeitig auch neue Formen ihrer Artikulierung und Umsetzung sowie die zunehmende Anpassung der politischen Struktur an moderne bürgerliche Herrschaftssysteme. In der Parteienstruktur ist eine wachsende Vielfalt ungeachtet des Fortbestehens eines mächtigen Zwei-Parteien-Blocks in vielen Ländern charakteristisch. Im bürgerlichen Lager profilieren sich moderne neokonservative Kräfte in traditionellen konservativen Parteien, aber auch durch die Konstituierung neuer Parteien (Brasilien, Peru). Zum anderen verstärken sich in ehemals liberalen, nationalreformistischen u.a. Parteien sozialreformistische Strömungen (PDI in Brasilien, APRA in Peru, AD in Venezuela). In einer Reihe von Ländern (Peru) sowie innerhalb der bürgerlichen Parteien, wie der Liberalen Partei in Kolumbien oder dem PRI in Mexiko verstärkt sich die Polarisierung zwischen stärker neokonservativ orientierten Kräften und einem progressiven demokratischen Flügel. Neben den traditionellen Parteien der Linken (Kommunisten und Sozialisten) sind neue linksorientierte Parteien entstanden (PT/Brasilien, humanistische Parteien in einigen Ländern u.a.).

In einer Reihe von Ländern (Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Mexiko) formieren sich moderne Unternehmerverbände offenbar mit den größten Fortschritten in Brasilien (CNI, FIESP, UDR), die programmatisch ihre ökonomischen Anschauungen und politischen Ansprüche formulieren. Die Gewerkschaften haben in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Einfluß. Die Tendenz zur Bildung von Gewerkschaftszentralen über parteipolitische und ideologische Grenzen hinweg hat sich vertieft (Chile, Kolumbien), Einheitsaktionen zwischen den Zentralen nehmen zu (Brasilien).

Mit der Einbeziehung neuer sozialer Kräfte in die sozialen und politischen Auseinandersetzungen bildeten sich in Lateinamerika eine Vielzahl neuer Volksbewegungen demokratischen Inhaltes wie die christlichen Basisgemeinden, die Indianerbewegungen, die Vereinigungen der Bewohner der Elendsviertel, lokale und Zweckverbände, Selbsthilfe-, Friedens- und Ökologiebewegungen. In bezug auf den Staat führte die Herausbildung monopolistischer Strukturen *erstens* zu einer wachsenden Konzentration politischer Macht und zur Übertragung einer zunehmenden Machtfülle an die zentrale Exekutive. Parallel dazu wuchsen Macht und Einfluß neuer bürokratischer Schichten, der Streitkräfte, der Sicherheitsorgane und der paramilitärischen Kräfte. Restriktionen und Repressionen schränkten mehr und mehr die Bewegungsfreiheit der politischen Parteien und Organisationen, einschließlich eines Großteils der einheimischen Bourgeoisie, ein. In Gestalt faschistischer und rechtsautoritärer Militärregimes trat diese Entwicklung am brutalsten zutage. *Zweitens* wurde der Staat im Zusammenhang mit den Krisen- und Anpassungsprozessen in wachsendem Maße vor die Aufgabe gestellt, sein Regulierungsinstrumentarium zu erneuern und zu flexibilisieren, in den Konflikten innerhalb der

herrschenden Klasse zu vermitteln und einen möglichst breiten Konsens herbeizuführen wie auch Forderungen der werktätigen Massen in bestimmtem Maße zu berücksichtigen. In dieser Aufgabe liegen auch die Ansatzpunkte für die Umsetzung demokratischer Alternativen. *Drittens* beinhalten die Krisenprozesse eine Krise der politischen Herrschaftssysteme in einigen Ländern mit der Tendenz zur Unkontrollierbarkeit gesellschaftlicher Prozesse, zur Auflösung staatlicher Strukturen und dem Abgleiten in Bürgerkrieg und Chaos.

Im Zusammenhang mit der neuen Grundsituation der Menschheit, einer forcierten Ausplünderungs- und Druckpolitik durch die aggressivsten Kreise des internationalen Finanzkapitals, vor allem der USA, die die Entwicklung der Völker Lateinamerikas in besonderer Weise bedrohen, und vor dem Hintergrund der schweren Krise in Lateinamerika, ihres sozialen und zunehmend globalen Konfliktpotentials vollziehen sich Wandlungen und Umschichtungen in den Interessenlagen breiter gesellschaftlicher Kräfte, einschließlich großer Teile der einheimischen Bourgeoisie. Es entstehen *Handlungszwänge* zu gleichgerichtetem, aber auch unterschiedlichem Wirken der verschiedenen politisch und ökonomisch handelnden Subjekte in Lateinamerika, die die Regulierung bestimmter globaler, friedens- und entwicklungsfördernder, umwelt- und lebensbewahrender Proportionen in der Weltwirtschaft und in der Region erfordern.

Diese heranreifenden Zwänge treten immer stärker ins gesellschaftliche Bewußtsein, und sie manifestieren sich im gesellschaftlichen Denken der verschiedenen Klassenkräfte in der Suche nach Wegen, politischen Strategien und Konzeptionen für gesellschaftlichen Wandel in Lateinamerika. Diese bewegen sich im Spannungsfeld zwischen einer pragmatischen Orientierung auf das politisch Machbare und langfristig angelegten Konzeptionen bzw. Utopien, die auf den Aufbau "neuer", "gerechter Gesellschaften" gerichtet sind. Dabei zeichnen sich u.E. folgende Grundlinien ab:

1. eine neokonservative Variante der Modernisierung
2. eine reformistische bzw. sozialreformistische Variante
3. eine linke, demokratische Reformalternative.

1. Die neokonservative Variante

Die Variante eines gemäßigten neokonservativen Umbaus der kapitalistischen Entwicklung der Modernisierung "von oben". Sie reflektiert die Interessen der konservativen einheimischen Monopolelite, die eng mit dem Auslandskapital und dem äußeren Markt sowie modernen wie rückständigen Formen des großen Grundeigentums verbunden sind, und artikuliert eigene machtpolitische Ansprüche sich formierender neuer kapitalistischer "Kraftzentren" in Weltwirtschaft und Weltpolitik. Ihre Programmatik korrespondiert - nicht zuletzt unter dem massiven Druck privater ausländischer Gläubiger und des IWF - teilweise mit der gegen die Werktätigen gerichteten Stoßrichtung konservativer Marktwirtschaftskonzeptionen imperialistischer Staaten: Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft im Interesse der Konkurrenzfähigkeit von Monopolgruppen; Begrenzung, Umbau und

Effektivierung des Eingreifens des Staates zugunsten der Unternehmer/Monopole; Förderung des nationalen und ausländischen Privatkapitals; Unternehmeroffensive zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit und Umverteilung des Nationaleinkommens zu Lasten der Werktätigen mittels Druck auf Löhne und Gewerkschaften, Abbau von Sozialleistungen der Staatshaushalte etc.¹⁴ Ihr Credo wurde z.B. auf der Gründung des Brasilianischen Unternehmerverbandes (Uniao Brasileira de Empresários) 1986 in Gestalt von vier Prinzipien verkündet: "Privatinitiative; freier Markt; Modernisierung des brasilianischen Kapitalismus; Zurückdrängung des Einflusses des Staates auf die Wirtschaft."¹⁵ Politisch plädieren sie für einen starken Staat, den Übergang von Militärdiktaturen zu einer "sicheren Demokratie". Die neue Grundsituation der Menschheit und die tiefe Krise in Lateinamerika berühren aber auch die Interessenlagen der lateinamerikanischen Monopolelite, führen zu Konflikten insbesondere mit der verschärften Hegemonialpolitik der USA und bewirken Differenzierungs- und Anpassungsprozesse unter konservativen Kreisen der Region. Sie sind gezwungen, gewissen globalen Erfordernissen des Kampfes um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt, einschließlich relativer Lösungen elementarster Lebensfragen in ihren Ländern, Rechnung zu tragen. Neokonservative Strategien in Lateinamerika, bedingt durch das Bestreben der erstarkten einheimischen Großbourgeoisie, sich der Rolle als nur abhängiger Geschäftspartner zu widersetzen, unterscheiden sich von konservativen Strategien der Zentren vor allem in Fragen der internationalen Politik und Wirtschaft und treten für mehr Eigenständigkeit der lateinamerikanischen Länder in den internationalen und regionalen Beziehungen ein. Infolge ihrer Verflechtung mit den internationalen Monopolen und dem Bestreben, ihre Herrschaft zu sichern, neigen diese Kreise bei Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen dazu, sich - wenn auch nicht widerspruchsfrei - dem Kurs der USA anzupassen.

Fortschritte in Richtung Frieden, Abrüstung und internationale Zusammenarbeit, insbesondere Erleichterungen in der Schuldenfrage, können Spielräume für neokonservative Projekte schaffen. Infolge unzureichender Reformoffenheit nach innen, vor allem in der sozialen Frage, ist diese Variante sehr konfliktträchtig und tendiert dazu, die inneren Krisenprozesse in Lateinamerika und daraus erwachsende globale Bedrohungen zu verschärfen.

2. Die reformistische Variante

Eine reformistische und sozialreformistische Variante, die den Übergang von der bisher dominierenden konservativen, abhängig-neokolonialen Anpassungsvariante zu einer auf Frieden, mehr Eigenständigkeit und sozialen Fortschritt orientierten kapitalistischen Entwicklung in Lateinamerika öffnet. Ihre an den Ideen der bürgerlichen Demokratie, des Humanismus und der sozialen Gerechtigkeit orientierten Vertreter stellen sich besorgt den globalen Herausforderungen der Zeit, insbesondere der Zuspitzung der Entwicklungs- und Lebensfragen in den Ländern Lateinamerikas, und treten - bei grundsätzlicher Anerkennung und Verteidigung des Privateigentums an Produktionsmitteln sowie Ablehnung revolutionärer Umbrü-

che - für die Überwindung der "ungerechten Ordnung" in ihren Ländern und in der kapitalistischen Weltwirtschaft auf dem Weg von Dialog und Reformen ein. Sie befürworten eine evolutionäre Veränderung des herrschenden Gesellschaftszustandes, insbesondere durch Wandel in den Verteilungsverhältnissen, hin zu einem als Dritter Weg, Demokratischer Sozialismus u.a. deklariertem eigenständigen, demokratisch und sozialorientierten Kapitalismus.¹⁶ Während die reformistische Strömung mehr die Interessen der einheimischen, vor allem im produktiven Bereich tätigen Bourgeoisie aus nationaler, lateinamerikanischer bzw. Dritte-Welt-Perspektive artikulieren, berücksichtigt die sozialreformistische Richtung mehr die Interessen der werktätigen Massen. Das erfordert die Zurückdrängung der destruktiven Profitinteressen des extrem reaktionären, stark spekulativen Teils der lateinamerikanischen Oligarchie und die Begrenzung der Ausplünderung durch das internationale Finanzkapital. So lehnen sie - wie im "Alternativprojekt" des PDC Chiles von 1984 - den "Profit" als einzige Triebkraft der Geschichte und Zukunft¹⁷ ihrer Länder ab. Reformistische Kreise weisen aggressive, konservative Krisenlösungen wie die Politik der "Strukturanpassung" des IWF und der Weltbank zurück und suchen nach Auswegen aus der Krise, die im Inneren den sozialen Konfrontationskurs durch Konsensbemühungen (Consenso Nacional, Pacto Social) ersetzen, durch soziale Kompromisse ("soziale Konzertierung") die Härte der Krisenlasten für die Werktätigen abmildern und sozialen Grundbedürfnissen in gewisser Weise Rechnung tragen sollen. Der Cruzado-Plan I der Sarney-Regierung in Brasilien und die Politik in den ersten Jahren der APRA-Regierung in Peru versuchten eine zu den orthodoxen Stabilisierungsprogrammen des IWF alternative Politik der Inflationsbekämpfung ("heterodoxer Schock") nach der Theorie der "trägen Inflation",¹⁸ scheiterten aber an den realen nationalen und internationalen Kräfteverhältnissen.

Wichtige innere Entwicklungsorientierungen sind weiterhin:

- eine *endogene Entwicklung*, die das stärkere Sich-Stützen auf die eigenen Kräfte beinhaltet, wobei der lateinamerikanischen Kooperation und Integration hohe Bedeutung beigemessen wird;

- eine *eigenständige und wachstumsorientierte Politik der Strukturanpassung*, die ein weiteres, aber modifiziertes Voranschreiten der Industrialisierung ("selektive" und "effektive Importsubstitution") in Verbindung mit einer gezielten Exportförderung und der Suche nach neuen "dynamischen komparativen Vorteilen" verteidigt;¹⁹

- eine Konzeption der "*gemischten Wirtschaft*", die für ein aktives, aber angepaßtes Eingreifen des Staates im Interesse seiner nationalen und sozialen Funktion plädiert, aber zunehmend mit der Aktivierung des Marktmechanismus, Dezentralisierung und Stimulierung privater Investitionen verbindet.

Politisch beinhalten die reformerischen Projekte die Gewährleistung demokratischer Grundrechte und -freiheiten und den Versuch der verstärkten und gelenkten Integration der Werktätigen ("Partizipation") in die Gesellschaft. Ihre politischen Konzeptionen, zumeist eine Kombination von Mechanismen der "repräsentativen" mit denen der "direkten Demokratie", eröffnen den Werktätigen und ihren Organisationen größeren Spielraum für eigenständige Aktivitäten und die Wahrnehmung ihrer Interessen.

Ihre Reformoffenheit nach innen korrespondiert mit grundlegenden Einsichten in den Zusammenhang von Friedenssicherung und Entwicklung in der Welt als Ganzes. Auf der Lateinamerikanischen Wirtschaftskonferenz von Quito 1984 wurde festgestellt: "... ohne Frieden kann keine Entwicklung erreicht werden, und ohne Entwicklung bleibt der Frieden immer gefährdet."²⁰ Verantwortungsbewußte Reformkreise erachten es als zeitgemäß, auch in der Region der "politischen Schizophrenie"²¹ dem Wetttrüben entgegenzutreten, sie sehen in der Kürzung der Rüstungsausgaben "das möglicherweise bedeutendste Thema" für die Reduzierung des "nichtwesentlichen Verbrauchs"²² (CEPAL) und eine alternative Politik in Lateinamerika und plädieren für ein eigenes, lateinamerikanisches Sicherheitssystem, das die allmähliche Schaffung einer Friedenszone in Mittel- und Südamerika und der Karibik ermögliche.²³ Die Frage nach der Machbarkeit von Reformen in Lateinamerika erzwingt Widerstand gegen massenhaften Ressourcenentzug und -transfer in die kapitalistischen Metropolen im Rahmen der bestehenden ungleichen internationalen Wirtschaftsbeziehungen und das Eintreten für eine neue internationale Wirtschaftsordnung. An erster Stelle setzen sie dabei auf eine politische Lösung der Verschuldungsfrage. Damit formulieren (sozial-)reformerische Kreise Standpunkte in der Friedensfrage, der internationalen Wirtschaftsordnung, der Auslandsverschuldung etc., die den Lebensinteressen der lateinamerikanischen Länder entsprechen, aber in Widerspruch zur aggressiven und hegemonialen Politik der USA und deren lateinamerikanischen Stützen, ihren Doktrinen von den "Konflikten geringer Intensität", der "nationalen Sicherheit" etc. geraten. Ihre theoretische Fundierung findet diese Reformalternative in den 80er Jahren auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie im Neostukturalismus²⁴ sowie auf dem Gebiet der politischen Theorie in pluralistischen Demokratiekonzeptionen.²⁵

Die inneren und internationalen Bedingungen begrenzen den Spielraum einer so gestalteten Reformpolitik. Die sich damit um die Einkommensverteilung intensivierenden Auseinandersetzungen bewirken Anpassungen und Differenzierungen im reformerischen Lager der Region in zumindest zwei Richtungen:

- Die Formierung einer *gemäßigten*, nach innen verstärkt "marktwirtschaftlich" orientierten *reformerischen Richtung*, die zur Bewältigung von Krise und Anpassung in Lateinamerika mehr auf den Privatsektor und die Ausrichtung an den Profitinteressen des Kapitals setzen sowie in einer Reihe von Fragen Tendenzen der Konvergenz mit neokonservativer Wirtschaftstheorie und -politik (Angebotsökonomie) aufweisen.²⁶ Für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen lehnen sie jedoch "Weltmarktwirtschaft" und "Deregulierung" entschieden ab.²⁷

- Das Hervortreten einer linken, radikal demokratischen Richtung mit antiimperialistischer und antimonopolistischer Orientierung, die der Krise unter Beachtung der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung entgegentritt.

Die linke demokratische Richtung

Das Spektrum der in dieser Richtung vereinten Kräfte ist sehr breit. Es umfaßt sozial die ganze Bandbreite von Teilen der Arbeiterklasse bis zu nichtmonopolisti-

schen Schichten der Bourgeoisie, politisch-ideologisch die gesamte marxistische Linke bis zu linken sozialdemokratischen Strömungen und Vertretern neuer demokratischer Bewegungen. Die Ursachen für die beträchtliche Heterogenität und die beständigen fließenden Übergänge zwischen den in dieser Richtung erfaßten Bewegungen und Personen (wie zwischen ihr und der bürgerlich-reformistischen Richtung) liegen letztlich darin, daß ihre Vertreter die vielschichtigen Sektoren der Volksmassen und die in ihrer politisch-ideologischen Ausrichtung wie speziellen Interessenlage ebenfalls vielgestaltiger werdende Volksbewegung repräsentieren. Was die Vertreter linker demokratischer Positionen in erster Linie eint, ist ihr Bemühen, von den Interessen und Erfahrungen der Volksmassen und deren politischen Organisationen auszugehen, sie theoretisch zu verallgemeinern und die theoretischen Ergebnisse und Schlußfolgerungen in den Dienst des Kampfes um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt zu stellen. Das zentrale Anliegen solcher volksverbundener Wissenschaftler findet sich in der "Option für die Armen" bei den Vertretern der Theologie der Befreiung,²⁸ in verschiedenen Projekten für eine alternative Entwicklungsstrategie in Lateinamerika, z.B. dem Projekt "Entwicklung in menschlichem Maßstab",²⁹ und es wird von Francisco Weffort, einem führenden Theoretiker des brasilianischen Partido dos Trabalhadores, in die Worte gekleidet: "... heute besteht die höchste Aufgabe des politischen und sozialen Denkens darin, zur Organisation der Arbeiterklasse und der Volksmassen beizutragen."³⁰

Mit ihren Auffassungen werden diese Kräfte den neuen Herausforderungen gerecht, vor denen die Linken nicht nur in Lateinamerika stehen, nämlich das erforderliche Ringen um die Lösung der globalen Probleme zur Sicherung des Überlebens der Menschheit, den Kampf gegen Krieg, Umweltzerstörung und Unterentwicklung mit der Lösung drängender und konkreter politischer, ökonomischer und sozialer Probleme der Massen in ihren Ländern zu verbinden.

Insbesondere in Auswertung der Demokratisierungsprozesse im Cono Sur und ihrer widersprüchlichen Ergebnisse erkennen linke demokratische Kräfte realistisch, daß kurzfristige ökonomische Sofortprogramme zwar schlimmste Krisenauswirkungen für die Werktätigen mildern können, daß aber tiefgreifende Reformen der ökonomischen Strukturen notwendig sind, um das innere Entwicklungspotential wirksam zu mobilisieren und eine diversifizierte und integrierte Ökonomie zu errichten, die "die Bedürfnisse der Mehrheit des Landes zum Bezugspunkt hat und die offen für die technologischen Herausforderungen sein muß".³¹

Wie die ökonomischen Programme der Izquierda Unida in Peru von 1985³² und des PT in Brasilien von 1988³³ belegen, beinhalten diese Veränderungen insbesondere Maßnahmen zur Beschränkung der Verfügungsgewalt der ausländischen und einheimischen Monopole, zur Nationalisierung der Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Errichtung eines starken und effektiven staatlichen Sektors, die Durchführung von den nationalen Bedingungen angepaßten, differenzierte demokratische Agrarreformen, demokratische Mitbestimmung der Werktätigen in den Betrieben und ihre Einbeziehung in die Kontrolle und die Entscheidungsfindung über gesamtökonomische Entwicklungen. Von großer Bedeutung sind die Eindämmung und Kontrolle der spekulativen Wirtschaftsaktivitäten zugunsten einer produktiven Ver-

wendung der knappen Fonds sowie preis-, lohn- und sozialpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation, der Verteidigung der Löhne und Gehälter und zur Sicherung elementarer Lebensbedürfnisse (Gesundheitswesen, Bildung, Wohnung, Nahrungsmittel).

Demokratische Reformpolitik kann nur erfolgreich verlaufen, wenn die ökonomischen Reformen von Veränderungen im politischen Kräfteverhältnis begleitet werden, wenn das politische System der Gesellschaft in seinem Inhalt ebenfalls demokratisiert wird. Es besteht Einigkeit unter den linken Kräften, die gesamte Gesellschaft in all ihren Ebenen vor allem durch die unabhängige, aktive Entfaltung der verschiedenen Subjekte in der "zivilen Gesellschaft" zur Durchsetzung der Interessen der heterogenen werdenden Volkskräfte demokratischer zu gestalten.³⁴ Je nach dem konkreten sozialen und politisch-ideologischen Standort der linken Kräfte wird die wichtige Frage, wie das so verschiedenartige demokratische Potential zusammenzuführen, wie die Beteiligung der unterschiedlichen sozialen Subjekte an der nationalen Entwicklung zu sichern sei, unterschiedlich beantwortet bzw. weitgehend offen gelassen. In der Zukunft kommt es darauf an, alle konstruktiven Ansätze zur Lösung dieser Kernfrage zu entwickeln, mit Auffassungen, die konsequent die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft vorsehen, zu verbinden und alle Potenzen für eine Entwicklung in Richtung auf eine demokratische Alternative zu erfassen, zu vereinen und schließlich zu verwirklichen.

Überlegungen zu Inhalt und Bedingungen für demokratische Alternativen in Lateinamerika

1. Die Arbeiterbewegung und andere demokratische Kräfte in Lateinamerika sehen sich im Zusammenhang mit den sich verändernden Entwicklungsbedingungen der Menschheit, den sich bedrohlich verschärfenden Entwicklungsproblemen der Region und den internationalen Kräftekonstellationen vor der Notwendigkeit, Aufgaben, Inhalte und Bedingungen des Kampfes um sozialen Fortschritt neu zu bestimmen bzw. zu präzisieren und adäquate Alternativkonzeptionen für die Entwicklung Lateinamerikas zu begründen. Dabei geht es u.E. um folgende Fragen:

- Die prioritäre Aufgabe, die Menschheit als Gattung vor einer alles vernichtenden Katastrophe zu bewahren, muß heute die Anerkennung *grundlegender Entwicklungserfordernisse* der lateinamerikanischen Länder und Völker (Frieden und regionale Sicherheit, Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, vor allem des Amazonas-Gebietes, Überwindung der ökonomisch-sozialen Unterentwicklung etc.) als *globales Problem* und in hohem Maße als *organische Bestandteile der Menschheitsinteressen* beinhalten.

- Die Krise der internationalen kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen, der "neue Kolonialismus" der 80er Jahre und ihre zerrüttenden Wirkungen für die Weltwirtschaft und die lateinamerikanischen Wirtschaften machen *die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Verteidigung nationaler bzw. gemeinsamer lateinamerikanischer Interessen zu vorrangigen Aufgaben und Feldern des Kampfes um sozialen Fortschritt*. Die Bekräftigung des Rechtes auf

Selbstbestimmung und auf Entwicklung und die Stärkung der ökonomischen Eigenständigkeit sind nicht nur Voraussetzungen, die mit Existenz und Fortschritt der lateinamerikanischen Nationen in einer interdependenten Welt zusammenhängen, sondern zunehmend Erfordernisse für internationale Stabilität und Sicherheit.

- Die verheerende soziale Dimension von Unterentwicklung erheben *die Entschärfung der "sozialen Bombe", die Sicherung von elementarsten Lebensbedürfnissen für Millionen bedrohte Menschen sowie die Gewährleistung der Reproduktion der Arbeitskräfte* zu einem grundlegenden Moment sozialen Fortschritts in Lateinamerika.

- Grundsätzlich muß davon ausgegangen werden, daß eine *nationale, demokratische Variante kapitalistischer Entwicklung* (auf reformerischem Weg) als auch eine *antikapitalistische Alternative* (auf revolutionärem Weg) eine eigene Fortschrittspotenz und die Fähigkeit aufweisen, an der Überwindung von Unterentwicklung zu arbeiten.

Die Vielfalt von Inhalten und Formen sozialen Fortschritts in Lateinamerika führt aufgrund der Widerspruchsproblematik mit dem Imperialismus und der Relevanz der ungelösten nationalen Frage zu einer *engen Dialektik von Nationalem und Sozialem*, bei der beides ständig ineinandergreift, Widersprüche unterschiedlicher Ebenen zusammenwirken, die verschiedener Lösungswege und jeweils verschiedener sozialpolitischer Kräfte bedürfen.

2. Angesichts der neuen welthistorischen Situation, der Dimension der globalen Probleme und des internationalen und regionalen Kräfteverhältnisses erlangt in Lateinamerika der *Kampf um Reformen* eine *qualitativ neue Bedeutung*, erfährt neue Aspekte und zugleich eine wachsende innere Differenziertheit. Die Strategie einer *demokratischen Reformalternative* ist mit der *Realisierung verschiedener Reformtypen und -phasen zur Durchsetzung unterschiedlicher Ebenen und Qualitäten von sozialem Fortschritt* verbunden. Sie zielt darauf ab, Lösungen der globalen Probleme sowie schrittweise Lösungen von ökonomisch-sozialen Lebensfragen der Region auf dem Boden des Kapitalismus herbeizuführen, das innere Kräfteverhältnis zugunsten der Volksmassen zu verändern und einen Weg zu tiefgreifenden progressiven gesellschaftlichen Veränderungen zu öffnen. Der *Kampf um Demokratie*, ihre Festigung und Vertiefung bilden das *Schlüsselmoment* und den Hauptweg für die alternative Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse in Lateinamerika.³⁵

Eine solche Reformpolitik muß in der Region gegen den Widerstand der aggressivsten Kreise des Imperialismus, insbesondere starke hegemoniale Interessen der USA, und mächtige reaktionäre lateinamerikanische Stützen durchgekämpft werden, was revolutionäre Brüche ebenso wie Rückschläge wahrscheinlich macht.

3. Demokratische Alternativen, die Veränderungen im Interesse der Bevölkerungsmehrheit herbeiführen sollen, bieten *Ansatzpunkte für einen Konsens breiter sozialer Kräfte*, die von der Arbeiterklasse über die zahlreichen Mittelschichten bis zu reformwilligen Kreisen der einheimischen Bourgeoisie reichen. Demokratische Alternativen machen politische Kräfteverhältnisse erforderlich, die durch ein

höheres Gewicht, notwendige politische Organisiertheit und ideologische Reife der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte dauerhaft charakterisiert sind. In der Gegenwart scheinen die Inangriffnahme und Behauptung einer demokratischen Alternative in Lateinamerika nur möglich, wenn alle demokratisch orientierten Kräfte, von der Linken, einschließlich der Kommunisten, bis hin zu reformistischen Teilen der bürgerlichen Bewegung in politischen Bündnissen zusammenarbeiten.

4. Demokratische Alternativen in Lateinamerika sind mit grundlegenden Veränderungen der politischen wie der ökonomischen Weltordnung aufs engste verknüpft. Das bedeutet nicht, daß der Kampf der Völker Lateinamerikas vor der Verwirklichung einer demokratischen Alternative in den imperialistischen Zentren sinnlos wäre. Aber seine Wirksamkeit wird erheblich abhängig von

- der Zurückdrängung der aggressiven Hegemonialpolitik der USA gegenüber Lateinamerika,
- der Durchsetzung von Abrüstungsmaßnahmen und der weltweiten Freisetzung von Ressourcen im Interesse von Entwicklung,
- der Schaffung eines Systems internationaler Sicherheit, das auf Interessenausgleich, friedlicher, politischer Regelung von regionalen Konflikten und gemeinsamen, gleichberechtigtem Handeln aller Akteure sowie freier Wahl der Entwicklungswege beruht,
- einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, darunter eine politische Lösung der Schuldenfrage, die den Ländern Lateinamerikas die Perspektive von Entwicklung und Erneuerung sowie eines stabilen und nicht abnehmenden, souveränen und nicht abhängigen Mitwirkens in der internationalen Gemeinschaft sichert, und
- der politischen Stabilität, Gewicht und der wachsenden Stärke der sozialistischen Länder.

5. Demokratische Alternativen beinhalten folgende, weiter noch zu präzisierende Grundelemente für eine alternative Wirtschafts- und Entwicklungsstrategie:³⁶

- Strukturreformen in die Entwicklung der Produktivkräfte besonders hemmenden Bereichen, vor allem in der Landwirtschaft, die auf die Zurückdrängung der stark parasitären Kreise innerhalb der herrschenden Klasse und den Übergang von der Dominanz spekulativer zur Dominanz produktiver Kapitalverwertung und die breitwirksame Mobilisierung des inneren Entwicklungspotentials gerichtet sind;
- eine national, sozial und ökologisch orientierte Strukturpolitik mit einer ausgeglichenen Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie als Eckpfeiler entsprechend den Bedingungen des Landes und der Verstärkung ihrer inneren Verflechtungsbeziehungen;
- eine *endogene Entwicklungsorientierung* im Sinne des stärkeren Sich-Stützens auf die eigenen Kräfte, der verstärkten Orientierung auf die Bedürfnisse des Binnenmarktes in Verbindung mit notwendigen Exportproduktionen und der Förderung der lateinamerikanischen Zusammenarbeit und Integration im Rahmen zu stärkerer "Süd-Süd-Kooperation";
- die Überwindung der extrem ungleichen Einkommensverteilung und die Erhöhung des Anteils der werktätigen Menschen am Nationaleinkommen, vor allem

durch die Beseitigung verkrusteter Bodenbesitzverhältnisse und die Übergabe von unproduktivem Grundbesitz an landlose und landarme Bauern, die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, erhöhte Sozialausgaben (Bildung, Gesundheit, Sozialfürsorge etc.) und eine progressive Steuerpolitik;

- eine demokratische Regulierung und nach Möglichkeit differenzierte Einbindung der internationalen Monopole und ihrer Akkumulations- und Technologiepotentiale auf der Basis von gegenseitiger Interessenrespektierung und Interessenausgleich;
- eine der nationalen Bedingungen und Bedürfnissen entsprechende Wissenschaft- und Technologiepolitik;
- Einsatz eines *modernen, effektiven, souveränen und demokratischen Staates*, der Entwicklung und Strukturwandel in Lateinamerika im Interesse der ökonomischen Selbständigkeit, der Natur und der Mehrheit der Menschen fördert.

ANMERKUNGEN

¹ Im folgenden ist nur von den kapitalistischen Ländern Lateinamerikas und der Karibik die Rede. Das sozialistische Kuba wird nicht behandelt. Vorliegender Aufsatz ist die überarbeitete Fassung eines auf der internationalen Konferenz "Gesellschaftliche Alternativen in Lateinamerika in Vergangenheit und Gegenwart", 24. - 26. 5. 1989, in Rostock, DDR, gehaltenen Beitrages.

² G. Martner, *América Latina hacia el 2000. Opciones y estrategias*, Caracas 1986, S. 11.

³ Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Gemeinsames Dokument der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD, in: *Neues Deutschland*, Berlin, 28. 8. 1987.

⁴ CEPAL, *Anuario Estadístico de América Latina* 1988, New York 1989, S. 104.

⁵ In vielen Ländern bewegt sich das Staatshaushaltsdefizit trotz rigoroser IWF-Programme bei 4 und mehr Prozent des BIP (Argentinien 1988: 8 %, Brasilien 4 %).

⁶ Die Inflationsrate stieg im lateinamerikanischen Mittel 1985/88 von 64,5 auf 472,8 %. Das ist der höchste Stand in der Geschichte Lateinamerikas.

⁷ Declaración de Uruguay, Punta del Este, 29. 10. 1988.

⁸ Berechnet nach: SIPRI Yearbook 1986, Stockholm 1986, S. 237.

⁹ Santa Fé II, in: *Suplemento*, Hange, 12 (1989) 93, S. 7 - 8, S. 11 - 12.

¹⁰ V. E. Tokman, Empleo urbano: investigación y políticas en América Latina, in: *Revista de la CEPAL*, Santiago, (1988) 34, S. 131.

¹¹ *Frankfurter Rundschau*, 30. 1. 1989.

¹² S. Gómez, Nuevos sectores dominantes en la agricultura latino-americana, *Porte Alegre*, 1988.

¹³ Granma, Resumen Semanal, La Habana, 12. 7. 1989, S. 11.

¹⁴ Vgl. Aguilar M. A., *Wirtschaftliche Krisenprozesse in Lateinamerika*, Berlin 198, S. 46 ff.

¹⁵ *Gazeta Mercantil*, Sao Paulo, 5. 12. 1986.

¹⁶ Vgl. Prebisch, R., *Capitalismo periférico. Crisis y transformación*, Mexiko 1981; Bresser Pereira, L. C., *Economía conservadora e economía progresista*, in: *Revista de Economía Política*, Sao Paulo 5 (1984) 4, S. 4 f.; Foxley, A., *Para una democracia estable. Economía y política*, Santiago de Chile 1985.

¹⁷ Proyecto Alternativo del PDC. El desafío de pensar Chile, in: *Teroera de la hora*, Santiago de Chile, 1984, Nr. 1, Suplemento.

¹⁸ Vgl. Lopes, F., O Choque heterodoxo, Rio de Janeiro 1984; Bresser Pereira, L. C./Nakano, Y., *The Theory of Inertial Inflation. The Foundations of Economic Reform in Brazil and Argentina*, Boulder - London 1987; García, A., Mensaje e la Nacion, in: *El Comercio*, Lima, 19. 7. 1985.

Wolfram Laaser

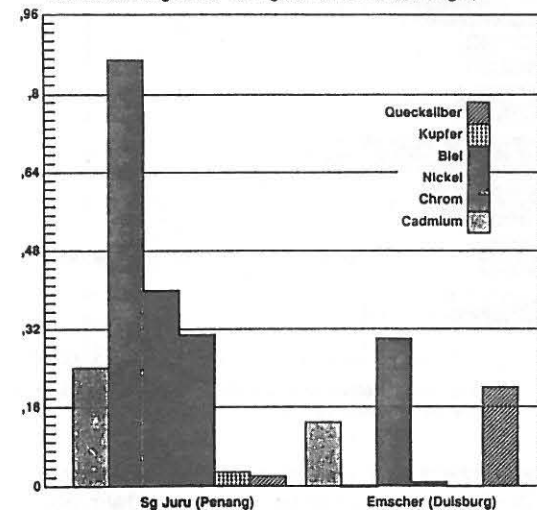
UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG BEI ENTWICKLUNGSPROJEKTEN - EIN BEITRAG ZUR LÖSUNG VON UMWELTPROBLEMEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER?

1. Umweltprobleme von Entwicklungsländern

Die Bedeutung der Umweltproblematik in den Entwicklungsländern ist erst seit Mitte der 70er Jahre ins Bewußtsein gerückt. Hierfür war wesentlich die Umweltdiskussion in den Industrieländern auslösend. Ökonomisch bedingte Faktoren in den Entwicklungsländern waren u.a. die Industrialisierungsstrategie, das Bevölkerungsproblem und die Öffnung gegenüber dem Weltmarkt.

Heute ist bekannt, daß die Umweltbelastung in vielen Ländern der Dritten Welt in zentralen Bereichen diejenige der Industrieländer übertrifft. Hierzu seien nur einige wenige Beispiele gegeben:

Schwermetallgehalte von Sg Juru und Emscher (mg/l)



Quelle: D. Schlettwein, Wasser ist Leben, Umweltzerstörung in Malaysia am Beispiel Wasser, in: Umwelt am Ende? K. Gauer, M. Heine, C. Röper (Hrsg.), ASA Studien 9, Saarbrücken 1987, S. 307 (Datenbasis Ende der 70er Anfang der 80 Jahre)

¹⁹ Vgl. Eßer, K., Europäische Einflüsse in Lateinamerika und Formen der wirtschaftlichen Entwicklung. Wirtschaftliche Entwicklung und Kulturwandel in den Entwicklungsbüchern, Tübingen - Stuttgart 1987, S. 50 ff.

²⁰ Declaración de Quito, in: Comercio Exterior, 34 (1984) 2, S. 177.

²¹ Somovia, J., Desarme en América Latina: Utopía o realismo? in: ifda dossier, Nyon, (May - Juni 1985) 47, S. 47 - 48.

²² Secretaría de la CEPAL, El desarrollo de América Latina, escollos requisitos y opciones, in: Comercio Exterior, 37 (1987) 2, S. 103.

²³ Maldonado, L. G., The Challenges facing Latin America in the World today, in: CEPAL-Review, Santiago de Chile, April 1988, Nr. 34, S. 76.

²⁴ Vgl. CEPAL, Crisis y desarrollo: Presente y future de América Latina y el Caribe, Santiago de Chile 1985; Secretaría de la CEPAL, El desarrollo de América Latina ..., a.a.O.; French-Davies, R., An outline of a neostructuralist approach, in: CEPAL-Review, April 1988, Nr. 34, S. 37 f.

²⁵ Vgl. Flisfisch, A. u.a., El futuro de Chile: 4 visiones políticas, Santiago de Chile 1985; Munoz, H. (ed.), Crisis y desarrollo alternativo en América Latina, Santiago de Chile 1985.

²⁶ Vgl. Rosenthal, G., Continuidad y cambio. 40 años de la CEPAL, in: Nueva Sociedad, Caracas, Julio - Agosto 1988, Nr. 96, S. 91 f.

²⁷ Vgl. Costa-Filho, A., Desafios en la renovación de la planificación, in: CEPAL, Notas sobre la economía y el desarrollo, Oct. 1987, Nr. 452, S. 2.

²⁸ Vgl. u.a. Buhl, T., La Teología de la Liberación - aspectos fundamentales de sus posiciones sociopolíticas. In: Bachmann, S., Buhl, T. und H.-G. Stieler, Por los pobres. Cristianos de América Latina en las luchas actuales; asia, africa, latin-america, Berlin 1988 (special issue 20), S. 71 - 73.

²⁹ Vgl. das vom Zentrum für Entwicklungsalternativen ausgearbeitete kollektive lateinamerikanische Projekt "Desarrollo a Escala Humana. Una opción para el futuro" unter Leitung von Manfred Max-Neef, Antonio Elizaldo und Martin Hopenhayn, Uppsala 1986; vgl. auch Rodrigo Bano, El proyecto popular alternativo, in: Alternativa latinoamericana, Mendoza, Nr. 2 - 3 (1985), S. 47 - 53.

³⁰ Weffort, Tendencias actuales del pensamiento social y político brasileño, in: Casa de la Américas, La Habana, XX (1980) 120, S. 77; vgl. ähnlich klare Forderungen an die Arbeit volksverbundener Intellektueller, bei: Pease García, Nuevos espacios y tiempos políticos en la experiencia peruana actual, in: Lechner (Hrsg.), Qué significa hacer política?, Lima 1982, S. 175; González Casanova, P. und Florescano (Hrsg.), México hoy, Mexico 1979, S. 9 - 15 und 363 ff.

³¹ Lagos, R., Las grandes tareas de la reconstrucción, in: Flisfisch, A. u.a., El futuro democrático de Chile: 4 visiones políticas, Santiago de Chile 1985, S. 170 ff.

³² Vgl. Izquierda Unida, Programa Económico 1985 - 1990, in: Actualidad Económica, Lima, VIII (1985) Especial No. 6, S. 20 f.

³³ Plano económico alternativo de emergencia, Diretório Nacional do PT, Dezember 1988, S. 10 f.

³⁴ Vgl. América Latina 80: Democracia y movimientos populares, Lima 1980.

³⁵ Vgl. Arismendi, R., Veränderungen in unseren eigenen Reihen sind notwendig, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 2/1989, S. 194 - 195.

³⁶ Vgl. Declaración final del III congreso de Economistas de América Latina y el Caribe, in: economía y desarrollo, La Habana, XVII (1988) 5, S. 147 - 148.

Steffen Flechsig, Karl-Christian Göthner, Walter Reuter,
Sektion Lateinamerikafragen, Wilhelm Piek-Universität, Rostock, DDR